

# Volkstimme

Einzelpreis 140000 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Emdan, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 881. — Postkassen-Nr. 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Woche vom 10. bis 15. September 750000 Mark, Abnehmer 730000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die Inseleseite, 27 Millimeter breite Nonpareilleseite beträgt 1,40 M., auswärts 1,80 M.; Familienanzeigen und Stellenangebote 0,80 M.; Verlagsanzeigen 1,50 M.; die dreispaltige, 90 Millimeter breite Reklamette beträgt 7,00 M.; auswärts 9,00 M. Der Grundpreis wird vermindert mit der Schlüsselzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins, zuzugut 160000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 211.

Magdeburg, Dienstag den 11. September 1923.

34. Jahrgang.

## Auf dem Wege zur Verständigung

Im Ruhrgebiet raucht kein Schornstein mehr, d. h. es wird nicht mehr produziert, auch nicht auf Lager. Die Bäder und Läger sind ausverkauft, die Bevölkerung muß vom unbefestigten Deutschland erhalten werden. Solange dieser Zustand dauert, ist alles Mühen um eine Besserung der wirtschaftlichen und politischen Lage eine Sisyphusarbeit. Jetzt endlich wird öffentlich ausgesprochen, was seit Wochen die unterrichteten Kreise sich zuraunten: solange ungeheuerliche Summen für den Ruhrkampf aufwendet werden müssen, sind alle Versuche, zu einer Gesundung zu kommen, von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Auch in den manchmal recht mystischen „Kreisen der Wirtschaft“ hat man nachgerade begriffen, daß die Fortsetzung des Ruhrkampfes nur möglich ist, wenn dafür sehr wesentliche Teile der Substanz hingegeben bzw. genommen werden. Man hat aber auch begriffen, daß durch den passiven Widerstand allein ein Ende des Kampfes nicht herbeigeführt werden kann, daß dies nur möglich ist durch Verhandlungen, in welchen Deutschland sehr hohe materielle Angebote macht. Kurz gesagt: es gibt kaum noch einen unterrichteten, ernsthaften Menschen in Deutschland, der nicht einseht, daß so schnell als nur irgend möglich Verhandlungen mit Frankreich und Belgien eingeleitet werden müssen. Sehr bezeichnend dafür sind folgende Mitteilungen des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“:

Außer den Gewerkschaften ist sich auch der Reichsverband der deutschen Industrie klar darüber, daß eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage nur bei einer schnellen erträglichen Beendigung des Ruhrkonflikts zu erwarten ist und alle währungspolitischen Schritte auf die Dauer nutzlos sind, wenn eine Verständigung ausbleibt. Maßgebende Vertreter der Industrie des Ruhrgebiets und die Führer der Gewerkschaften im Westen haben dem Reichskanzler erst in den letzten Tagen in diesem Sinne ihre Auffassung zum Ausdruck gebracht. Selbst die Vertreter der Deutschnationalen aus den besetzten Gebieten sind einer derartigen Meinung, und wir wissen bestimmt, daß sie sich sehr bemühen, ihre in der Etappe weilenden Führer von der wahnwitzigen Dolchstoßpropaganda abzuhalten. Vor allem haben auch die deutschnationalen Mitglieder des Staatsrats, der in den letzten Tagen Sitzungen in Berlin abhielt, auf die deutschnationale Führerschaft stark eingewirkt, um ihnen klarzumachen, daß ihre Dolchstoßpropaganda trügerisch ist und eine Erleichterung für das deutsche Volk nur durch Rückkehr zur Produktion im Ruhrgebiet möglich wird.

Als Ziel der direkten Verhandlungen wird der Versuch bezeichnet, Frankreich zu bewegen, von seiner Forderung der bedingungslosen Aufgabe des passiven Widerstandes abzubringen und zu ernsthaften Verhandlungen über das Ruhr- und Reparationsproblem zu kommen. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ glaubt zu wissen, daß in dieser Richtung sich auch die Bemühungen des Reichskanzlers bewegen und daß inzwischen das „Stadium der Fühler“ überschritten ist.

In englischen Kreisen hat sich eine gewisse Verbitterung gezeigt, die auch in einer Äußerung des Genossen Tom Shaw, des Sekretärs der Internationale, gegenüber einem Vertreter des „Vorwärts“ zum Ausdruck kommt. Shaw antwortete auf die Frage, wie England sich gegenüber einer direkten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich verhalten werde, England sei bereit, alles zu akzeptieren, was den Frieden bringe; man wolle Verhandlungen, aber man werde die Ergebnisse abwarten müssen, und wenn diese gegen England sich richten, dürfe man nicht erwarten, daß sie freundlich aufgenommen werden. Wir glauben nicht, daß die englischen Befürworter begründet sind, Deutschland könne sich vor Frankreich zu antienglischen Zwecken benutzen lassen.

Die bis jetzt bekanntgewordenen Tatsachen über deutsche Verhandlungsbereitschaft und entsprechende einleitende Schritte haben natürlich zu allerlei Gerüchten Anlaß gegeben. An der Börse wurden Gegenmünzen gelegt, um bessernde Stimmungen nicht aufkommen zu lassen; so wird immer wieder das Gerücht verbreitet, Stresemann sei ermordet oder doch schwer vermundet, Hilferding sei zurückgetreten oder frage sich mit Rücktrittsgedanken usw. (wobei die kommunistische Presse gern, allzugern bereit ist, die Börsepatrolen weiter zu koptieren).

Die „Bosnische Zeitung“ läßt sich aus Paris melden, dort sei das Gerücht verbreitet, Deutschland habe am Sonntag eine Note über die Reparationsfrage überreichen lassen. Vom französischen Auswärtigen Amte sei dieses Gerücht als falsch bezeichnet worden, man erklärte es aber für

möglich, daß in der kommenden Woche Verhandlungen beginnen. Wir wünschen, diese Nachricht würde sich bewahrheiten. . . .

### Poincarés Sonntagsrede.

Die großen Schwierigkeiten, die einer Verständigung mit Frankreich gegenüberstehen, treten klar hervor, wenn man die letzte Sonntagsrede Poincarés liest. Er sei höflicher geworden, meint man in Berlin. Wir finden aber nicht, daß er einsichtiger geworden ist. Hier seine Antwort auf die Rede Stresemanns in Stuttgart:

Ich höre allerdings, daß der neue Reichskanzler uns jetzt andere Pfänder vorschlägt als das Ruhrgebiet und die Eisenbahnen der besetzten Gebiete. Aber uns ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dache. Die Garantien, von denen man spricht, würden der allgemeinen Hypothek auf sämtlichen Besitz der deutschen Staaten, die der Versailler Vertrag den Alliierten gibt, nichts hinzufügen. Wir ziehen die positiven Pfänder vor, die wir in der Hand haben, und werden sie nicht gegen generelle Pfänder freigeben, die vielleicht auf dem Papier ausgezeichnet wären, deren Ertrag uns aber entgehen würde. Wir wollen Realitäten und wir werden erst abziehen, wenn wir bezahlt sind.

Zu der von Stresemann angeregten wirtschaftlichen Zusammenarbeit sagte Poincaré, „wenn wir sehen, daß Deutschland auch richtig entschlossen ist, diese Fragen zu regeln und uns für unsere Sicherheit etwas anderes als Versprechungen zu geben, dann werden wir ohne Vorbehalten die Möglichkeit ins Auge fassen, Wirtschaftsverträge abzuschließen“.

Poincaré glaubt nicht feststellen zu können, daß Deutschlands Absichten „sich in sehr fühlbarer Weise geändert haben“. Nur im Tone sei ein Fortschritt festzustellen.

Reichskanzler Stresemann will auf diese Rede Poincarés in den nächsten Tagen antworten und die Frage erörtern, unter welchen Umständen eine Verständigung mit Frankreich erzielt werden könne.

Wir wünschen ihm eine gute Stunde, Mut und Entschlossenheit. . . .

### Programm der Gewerkschaften.

Der Ausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat zu den dringenden Wirtschafts- und Lohnproblemen in seiner Tagung am 7. und 8. September folgende Entschlüsse gefaßt:

#### Die Währungsfrage.

Die Deckung des Staatsdefizits durch staatliche Inflation, im Zusammenhang damit die private Inflation haben den Zusammenhang der deutschen Finanzwirtschaft vollendet, die Verelendung der auf Papiermarkt sitzenden Massen treibt und damit infolge der geringen Kaufkraft eine katastrophale Krise der Volkswirtschaft herbeigeführt. Die Inflation wird zum Totengräber der Republik. Die Annahme der Papiermark wird immer mehr verweigert. Das hat schon jetzt große Versorgungs- und Arbeitsschwierigkeiten zur Folge. Der Verkauf von Nahrungsmitteln gegen ein als Wertersatz untauglich gewordenen Papiergeld vom Lande her erfolgt zögernd und unzulänglich, die Preise erhöhen sich, die gewerbliche Warenherstellung schrumpft auch wegen Unfähigkeit des Gegenwertes aufzuheben ein. Die Arbeitslosigkeit wird vermehrt und zwecks Umgehung der Lohnsummensteuer noch künstlich gesteigert. Für weite wichtige Volksteile schwindet überhaupt die Möglichkeit der Versorgung. Die deutsche Wirtschaft braucht, soll eine allgemeine Wirtschaftskatastrophe vermieden werden, eine neue wertbeständige Währung.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes verlangt deshalb die Schaffung einer wirklichen Goldwährung, weil nur dadurch der Staatshaushalt ins Gleichgewicht, die Wirtschaft wieder in Ordnung gebracht, die Kaufkraft der Löhne und Gehälter wiederhergestellt und gesichert werden kann und somit die Grundlagen für eine innere Gesundung geschaffen werden. Zur Sicherung einer solchen Währung kann nicht der unbestimmte Begriff des gesamten steuerbaren Vermögens ausreichen, sondern es müssen reale, in die Macht des Staates gegebene Vermögensobjekte als Grundlage dienen.

#### Die Arbeitslosenfrage.

Die immer die Entwicklung der deutschen Wirtschaft sein wird, eine starke Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen wird voraussichtlich eintreten. Es muß Aufgabe des Staates sein, den Arbeitslosen und Arbeitsuchenden durch Unterstützung bis zur Garantie der notwendigen Lebenshaltung beizustehen, soweit es nicht gelingt, durch schnellorganisierte Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge vermehrte Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Da größte Hilfe geboten ist, muß der Inflationen für die Inanspruchnahme der produktiven Erwerbslosenfürsorge so vorrangig werden, daß eine schnelle Inangriffnahme der Arbeiten möglich ist.

Selbst gesteigerte und verbesserte produktive Maßnahmen werden jedoch nicht genügen, die Arbeitslosen aufzunehmen. Es erscheint deshalb dringend notwendig, durch geeignete Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art die Folgen dieser Krisen Erscheinungen abzumildern. Solche Maßnahmen sind die folgenden:

#### 1. Die Umgruppierung der Arbeitslosen.

Zahlreiche Arbeiter und Angeestellte werden dauernd ihren jetzigen Beruf verlassen müssen, in dem sie zum Teil jetzher unproduktiv beschäftigt waren. Da die Umgruppierung am leichtesten bei den Jugendlichen und Unversicherten vorzunehmen ist, sind diese zuerst zum Berufswechsel, nötigenfalls auch zum Ortswechsel zu veranlassen.

Die Umgruppierung erfolgt am besten durch Erweiterung der deutschen Produktion, insbesondere durch Verstäkung der Arbeitsmöglichkeiten im deutschen Bergbau, in der Bauwirtschaft, in der Land- und Forstwirtschaft. Sowohl im Bergbau als auch in der Forstwirtschaft sind die Einzelstaaten als Großunternehmer in der Lage, durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten auf lange Frist produktive Verwertung der Arbeitskräfte zu schaffen.

In den Privatbetrieben ist vornehmlich Entlassung von Arbeitern durch Ausbau und straffe Anwendung der Stilllegungsverordnung vom November 1920 im Sinne der von den Gewerkschaften bereits gemachten Vorschläge vorzuziehen.

#### 2. Arbeitsbeschaffung durch Preisdruck.

Zur Überwindung der Produktions- und Absatzkrise ist ein starker Preisabbau erforderlich, damit die geschwächte Kaufkraft die Waren wieder aufnehmen kann. Da das übersteigerte Preisniveau in erheblichem Maße durch den Ausbau des Kartellwesens und die rein gewinnmäßige Preispolitik der Syndikate und Kartelle herbeigeführt worden ist, muß zunächst dieser Kartellpolitik ein Riegel vorgeschoben werden.

Wichtig ist die Preisentlastung dadurch zu beschleunigen, daß der unmittelbare Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher gefördert wird. Hierdurch wird jeder entbehrliche und nur veräußernde Zwischenhandel am erfolgreichsten ausgeschlossen. Gegen den billigen Auslandsverkauf auf Kosten übersteigerten Inlandspreises sind gleichfalls Maßnahmen zugunsten der Preisentlastung im Inland zu treffen.

Dringend nötig ist in diesen Krisenzeiten eine Niedrighaltung der Rohstoffpreise. Die Regierungen haben sofort energische Maßnahmen zum Abbau der unerträglich hochgetriebenen Preise durchzuführen und dem Rohstoffwucher schärfer als bisher entgegenzutreten.

#### 3. Förderung der Ausfuhr.

Die Gewerkschaften anerkenen die Notwendigkeit einer gesteigerten Ausfuhr deutscher Waren. Dabei halten sie grundsätzlich an der Ausfuhrkontrolle fest, zu deren Verbesserung und Vereinfachung sie bereit sind. Die Vereinfachung der Ausfuhrabgaben lehnen die Gewerkschaften ab. Die Höhe der Abgaben im einzelnen muß der jeweiligen Prüfung unterliegen. Alle Maßnahmen zur Förderung der deutschen Ausfuhr müssen so getroffen werden, daß sie nicht im Ausland berechtigter Maßnahmen gegen deutsche Schmutzkonturrenz hervorrufen.

#### Die Lohnpolitik.

Zur Wahrung der gemeinsamen Interessen auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik beschließt der Bundesausschuß:

1. Den Bundesausschuß zu beauftragen, eine Abteilung für Lohn- und Tarifpolitik im Bundesbureau einzurichten,

2. einen lohnpolitischen Ausschuß einzusetzen, der aus besonders erfahrenen Verbandsvertretern gebildet wird.

Der lohnpolitische Ausschuß soll, unbeschadet des in § 28 der Bundesfassung aufgestellten Grundgesetzes, daß die Führung der Lohnbewegung die eigne Aufgabe jeder Gewerkschaft ist, folgende Aufgaben erfüllen:

a) In Gemeinschaft mit dem Bundesvorstand Richtlinien für die allgemeine Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften aufzustellen und dieselben jeweils dem Wechsel der Verhältnisse rechtzeitig anzupassen;

b) dem Bundesvorstand bei entsprechenden Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber beratend zur Seite zu stehen und ihn evtl. zu vertreten;

c) die Lohn- und Tarifbewegungen im allgemeinen und die Praxis der Arbeitgeberverbände im besonderen zu beobachten, Material hierüber sowie Erfahrungstatsachen zu sammeln und den Gewerkschaften zur Kenntnis zu bringen;

d) für gewisse Teile der Tarifverträge, die eine einheitliche Formulierung gestatten, Normale Bestimmungen anzuarbeiten, die den einzelnen Gewerkschaften als Muster dienen können.

Die Verbände der Bauarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Bergarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Gasarbeiter, Metallarbeiter, Sattler, Tapezierer und Portefeuillier, Schuhmacher, Textilarbeiter, Transportarbeiter entsenden je ein Mitglied in den lohnpolitischen Ausschuß. Seine Einberufung erfolgt durch den Bundesvorstand. Die Geschäftsführung obliegt der Abteilung für Lohn- und Tarifpolitik im Bundesbureau.

Die deutschen Arbeiter müssen sich darüber klar werden, daß es der Anspannung aller Kräfte bedarf, um dieses Programm durchzuführen. Wenn sie sich noch weiter den Luxus gegenseitiger Bekämpfung in den Gewerkschaften leisten, wenn sie noch länger dulden, daß man ihnen „zu Kampf gegen die „Bongen“ als das wichtigste bezeichnet — dann ist ihnen nicht mehr zu helfen, die Niederlage ist ihnen gewiss.

# „Stichwort: Bauernschreck“.

Die Landbünde firmieren als gänzlich „unpolitische“ Vereinigungen, wofür ein „streng vertrauliches“ Rundschreiben des Reichslandbundes Schwiebus ein Beweis ist. Darin wird genau angegeben, wie der Bürgerkrieg zu organisieren ist.

Das Rundschreiben stellt fest, daß in den Städten wegen der Leurrung und des Warenmangels eine „verzweifelte Stimmung“ herrscht. Es wird bezweifelt, daß die Regierung der daraus sich entwickelnden Lage Herr wird, und schließlich wird festgestellt, daß die „Dinge zwingend“ Längsam zum Bürgerkrieg treiben.

Es folgen genaue Anweisungen, wie die Bauern den Bürgerkrieg zu organisieren haben. Es heißt da u. a.:

Alle Dörfer und Güter rücken sofort zusammen den schon oft besprochenen Dorfklub ein. Mit den Nachbarn ist hierin zusammenzuarbeiten.

Jedes Dorf weiß, von welcher Seite ihm die Gefahr droht. In dieser Richtung ist die Verteidigung vor das Dorf zu verlegen. Straßen und besondere Punkte müssen gesichert werden. Mit den Nachbarn ist dauernd Fühlung zu halten durch Boten oder Botenboten. Hierzu bestimmte Leute auszuwählen und Verabredung mit dem Nachbarn.

Alles, was an Waffen im Dorf und auf dem Gut ist (Jagdgewehre), muß herausgeholt werden. Die Waffen sofort nachsehen!

Unsichere Leute im Dorfe (Heber) sind sofort bei beginnenden Unruhen festzusetzen (als Geiseln). Diese Leute müssen vorher bestimmt und auch diejenigen von uns bestimmt sein, die die Leute festnehmen. Es ist dies eine besonders wichtige Maßnahme.

Es muß versucht werden, die Landarbeiter ebenfalls zur Vorpostenverteidigung heranzuziehen, denn auch deren Eigentum und Erbschaft ist durch die Kommunistenbanden aus der Stadt (Industriearbeiter) gefährdet. Also in dieser Frage beschäftigt an die Leute heranzuführen!

Zeit im Dorfe sofort eine energische Bauerngarde auf, die nicht mit sich spielen läßt, so finden sich schnell wahrscheinlich auch die ordentlichen Arbeiter hinzu.

Im Dorfe steht die Sache folgendenmaßen aus: Kommen Nachrichten (Stichwort: Bauernschreck!), so bleiben die alten Leute, Frauen und Kinder auf dem Hofe.

Die Bauern, Besten und wehrfähigen Söhne sammeln sich auf dem Dorfplatz. Waffenverteilung. Von einer Dorfpatrouille werden alle wehrfähigen Männer einschließlich Arbeiter aufgefunden, an der Verteidigung des Dorfes teilzunehmen. Wer nicht mitmachen will, wird als unsicher festgesetzt. (Schewe, Speicher, Bewachung davor!)

Die Bauern müssen also zunächst das Regiment im Dorfe steuern in die Hand nehmen. Ein oder mehrere energische Männer (früher Soldaten) übernehmen die Führung. Rüstungslos Gebrauch der Waffen schaffi am schnellsten Ruhe. Mit Mündern wird kurzer Prozeß gemacht. Wohlgemeint, wir handeln als die Angegriffenen in der Notwehr! Die Dinge werden sich praktisch so abspielen, daß bis zum Einmarsch von Ordnungstruppen die Dörfer sich eine Zeitlang selber helfen und halten müssen. Darum veräume es kein Dorf, sogleich diesen Dorfklub zu organisieren zum Schutze seiner gesamten Einwohnerschaft! Die Vertrauensmänner müssen sofort den Besten und alle zuverlässigen Bauern zusammenrufen und über die Sache beraten. Es ist keine Zeit mehr zu verschwenden.

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß derartige Anweisungen nicht nur im Kreise Schwiebus ergangen sind, zumal die Deutschnationalen ganz ungeschämte die Bewaffnung ihrer Anhänger in ihr Programm aufgenommen haben. Ob die Leute nicht ahnen, in welche Gefahr sie jeden Bauern bringen, der auch nur ein Jagdgewehr besitzt? Wie, wenn nun etwa die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften dazu übergingen, die Arbeiter entsprechend den Bürgerkriegsanweisungen des Landbundes zu organisieren und zu dekretieren, daß mit jedem, der mit der Waffe in der Hand, auch mit einem Jagdgewehr, betroffen wird, „kurzer Prozeß gemacht“ wird?

## Nur so weitermachen!

Die Moskauer Parole, Bündnis mit den Faschisten, hat unbestreitbare Erfolge. Unter die Arbeiter ist nun auch der kommunistische Landtagsabgeordnete Swan Raß, bitte Swan Raß aus Hannover, gegangen.

In Erfurt hat er sein Glück bei den Hakenkreuzern versucht. Sie waren auch da, die Leute vom Jungdeutschen Orden, die Nationalsozialisten und vom — Stahlhelm. Swan Raß sprach, triefte von Nationalgefühl und machte den Jünglingen klar, daß sie den Kommunisten helfen müßten, das „jüdische und christliche Börsenkapital“ und die mit diesem verbündete Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu zerstören, wenn sie die Franzosen aus dem Lande werfen wollten.

Die Leute mit dem Hakenkreuz waren mit Swan Raß sehr, sehr zufrieden und lobten seine nationale Gesinnung. Weniger erbaut von dieser Sorte „Kampf gegen den Faschismus“ waren die antwessenden Arbeiter, die waren so unhöflich, an die Toten von Thale, Meckterstedt, Gotha, Sangerhausen und Sommerda zu erinnern, was Swan Raß als mangelnde Beweglichkeit in der Anpassung an die „revolutionäre Laktit“ empfand.

Da ist ein Führer der Kommunisten im Zeiger Bezirk ein anderer Kerl. Der weiß, was er den Hakenkreuzern schuldig ist. In einer öffentlichen Versammlung, in welcher über die Lehren des kommunistischen „Generalstreiks“ gesprochen wurde. Der Kommunist Engert (Meuselwitz) erklärte dort nach einem Referat des Sozialdemokraten Bergholz, die Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie müßten „beseitigt“ werden, und damit die Hakenkreuzler wissen, was die Kommunisten darunter verstehen, führte er wörtlich aus:

Ich erkläre mit brutaler Ehrlichkeit, daß wir in der Epoche des revolutionären Kampfes die sozialistischen Zeitungen schließen und die sozialistischen Redakteure hinter schwedische Gardinen setzen werden. Jawohl, ich erkläre mit brutaler Offenheit, daß, wenn Genosse Bergholz gegen uns ist, wir mit ihm kurzen Prozeß machen und ihn an die Wand stellen werden.

Das wird eine erhebende „Epoche des revolutionären Kampfes“ werden, wenn die Hakenkreuzler „im Namen des revolutionären Proletariats“ die Gewerkschaftsbureaus stürmen, die sozialistischen Zeitungen ausbrennen, die alten Funktionäre und Führer der Arbeiter zum Tode verurteilen und die kommunistischen Hundstschafte zur Exekution kommandieren.

Die kommunistischen Führer sollen nur so weitermachen und es wird nicht mehr lange dauern, dann wird zwischen ihnen und den Hakenkreuzlern kein Unterschied gemacht zu werden brauchen. —

## Betriebsräteunfug.

Die amtliche „Preussische Presseagentur“ mitteilt, hat der Reichspräsident von Berlin auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik den Betriebsrätekongreß Berlin-Brandenburg, der am Sonntag in Berlin stattfinden sollte, verboten.

In der Begründung wird dargelegt, daß der preussische Minister des Innern durch Verfügung vom 15. August dieses Jahres den Reichsausschuß der deutschen Reichsräte verboten hat nicht allein seinen Unteranschlüssen, darunter auch den fünfzehnerausschuß von Groß-Berlin. Unter Umgehung dieses Verbots ist als Fortsetzung des fünfzehnerausschlusses von kommunistischer Seite eine Reorganisation geschaffen worden: „Der oppositionelle Ortsausschuß der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Groß-Berlin“. Dieser Ortsausschuß ist aber diejenige Instanz, die den Betriebsrätekongreß Berlin-Brandenburg einberufen hat. Es kommt hinzu, daß nach verschiedenen Äußerungen der „Roten Fahne“ dieser Kongreß sich in durchaus staatsfeindlichem Sinne betätigen sollte.

Wie eine Berliner Korrespondenz dazu meldet, hat es in Berliner kommunistischen Parteikreisen wahrlich Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob man sich dem Verbot fügen solle oder nicht. Die auf dem linken Flügel stehenden Führer betrauten die Ansicht, daß man trotz alledem am Sonntag zusammenkommen solle und daß für diese Zwecke bereits Vorbereitungen getroffen seien. Es wurde jedoch offiziell ein Entschluß gefaßt, daß die kommunistische Partei sich dem polizeilichen Verbot fügt und daß am Sonntag morgen durch einen besonders eingehenden Ordnungsdienst die eintreffenden Delegierten von der Zutrittsunterschiedet werden sollten, daß die Zusammenkunft nicht stattfinden könne.

Vom Durcheinander bei den Kommunisten gibt nun die Zeitsche Semantik, daß trotz des Verbotes, nicht zu sagen,

die Rabikalkinss durchsetzen, daß dieser sogenannte Betriebsrätekongreß doch tagte, und zwar in Veltin (Kreis Ostpreußenland). Es waren etwa 500 Delegierte aus Berlin und aus der Provinz erschienen, darunter Vertreter des Reichslandbundes (l). Es wurde ein Provinzialausschuß gebildet, der für die Durchführung der einstimmig angenommenen Beschlüsse sorgen soll. Als der Kongreß gerade geschlossen worden war, kamen Schupoerstützungen von Berlin, um ihn aufzulösen. Zu irgendwelchen Zusammenstößen in Veltin ist es nicht gekommen.

Was in Veltin beschlossen wurde, wird noch nicht gemeldet. Mündern soll es uns aber nicht, wenn die Arbeiter-, Bauern- und Landregierung durch die Einbeziehung des Reichslandbundes erweitert werden soll. —

## Entlarvte Geheimbündler.

Das Presseamt Thüringen teilt u. a. mit: Die Untersuchungsergebnisse in Salungen und Frankenhausen ergaben Zusammenhänge der dort aufgestellten Geheimbünde mit Gotha. Es hat sich herausgestellt, daß aus dem durch Verbot aufgelösten Nationalverband deutscher Soldaten eine Ersatzorganisation, der sogenannten „Wikingbund“ gebildet worden ist, der gleichzeitig eine Fortsetzung der Reichswehrorganisation (Brigade Ehrhardt) darstellt. Nach der Aussage eines Hauptbeteiligten wurde den Untersuchern des „Wikingbundes“ kein Zweifel darüber gelassen, daß dieser eine Fortsetzung der Organisation C und der Brigade Ehrhardt darstellen sollte. Den unterstellten Leuten durfte von der Identität des „Wikingbundes“ mit der Organisation C keine Mitteilung gemacht werden.

Aus den Aussagen beteiligter Personen geht hervor, daß in der Organisation auch eine Feme besteht. Personen, die als Verräter oder sogenannte „Spitze“ angesehen werden, sollten erschossen werden. Die Mitglieder der Geheimorganisationen verpflichten sich zu Gehorsam auf Leben und Tod gegenüber den Führern verpflichtet zu werden. Aus den Aussagen beteiligter und verhafteter Personen geht weiter hervor, daß auch diese Organisation gegebenenfalls dem Zwecken dienen sollte, mißliebige Führer und Staatsmänner der Republik zu beseitigen. Zwischen den Abteilungen der Organisationen war ein Verkehr durch Kurier eingerichtet, deren Namen nur einem kleinen Kreise von Personen bekannt waren. Bis vor 3 Wochen galten für die Kameradschaft die Worte „Anna Frank“. Auf die Losung „Anna sehr krank“ hatte sich jedes Bundesmitglied zu seinem Ortsgruppenführer zu begeben. Auf die Parole „Anna gestorben“ sollten alle Ortsgruppenleiter ihre gesamten Leute nach Leipzig bringen, und zwar ohne äußerlich erkennbare Abzeichen und dort weitere Befehle abwarten.

In dem Gothaer Kreise der Geheimbündler tauchte wiederholt ein aus Ungarn gekommener und wieder nach dort gereister Funktionär mit Namen Schulz auf, der als gewesener Marineoffizier bezeichnet wird und mit dem flüchtigen aus Saalfeld kommenden Erzberger-Mörder identisch sein dürfte. Weitere Einzelheiten über das reiche Ergebnis der Beschlagnahmen von schriftlichem Material und aus den Aussagen der Beteiligten können mit Rücksicht auf den Fortgang der schwebenden Untersuchung noch nicht mitgeteilt werden. —

## Ein Beispiel.

In Amberg, einem Städtchen nicht allzu weit von Nürnberg, hat ein Blättchen es für profitabel gehalten, die Partei der Silber, Ludendorff und Wulle zu ergreifen. Es leitete sich in diesen Tagen folgendes:

Kathenau, einer der größten Schädlinge, die je im deutschen Volk eine Rolle gespielt; vielfacher Aufsichtsrat, Stutjude und Kandidat des feindlichen Auslandes, ein Opfer seiner Volksschamlosigkeit! Strejemann, der neueste Wappstein der 300 Männer, die die Welt regieren, vielfacher Aufsichtsrat, Gefinnungsjude, der sich vom Führer einer monarchistischen Partei zum Führer eines sozialistischen Kabinetts durchgemauert hat, jüdisch verpöht, der Liebhaber der Engländer und Franzosen, unser erbittertester Feinde, der endgültige Lotengänger Deutschlands, wenn sich niemand findet, der ihm heizt den das Handwerk legt. Michel, wach auf, der Jud' ist los!

Es hieße den Teufel bei seiner Großmutter verlagern, wollte man sich an die bayerische Regierung wenden mit der Aufforderung, gegen diese offene Aufforderung zum Morde vorzugehen. An dem Verhalten der Reichsregierung zu diesem Falle wird man aber ihren Willen und ihre Kraft ermeßen können, für Ordnung im Innern zu sorgen. —

## kleines Feuilleton.

### Eröffnung der Druckausstellung.

Von allen Veranstaltungen der Buchdrucker zum fünfzigjährigen Jubiläum ihres Ordensvereins ist die Ausstellung im Kaiser-Friedrich-Palace die bedeutendste und bewundernswürdigste. Sie zeigt nicht nur die Fortschritte der Technik, sondern auch die künstlerische Entwicklung der Buchdruckerei. Die Ausstellung ist in drei Abteilungen unterteilt: die historische Abteilung, die technische Abteilung und die künstlerische Abteilung. Die historische Abteilung zeigt die Entwicklung der Buchdruckerei von den Anfängen bis zur Gegenwart. Die technische Abteilung zeigt die neuesten Erfindungen und Fortschritte der Buchdruckerei. Die künstlerische Abteilung zeigt die schönsten Beispiele der Buchdruckerei.

Die Bedeutung dieser ausgedehnten Ausstellung wird in den europäischen Ländern nur herabgesehen. Nur die Stadt Magdeburg nahm an der Ausstellung teil. Die Ausstellung ist ein Beweis für die Fortschritte der Buchdruckerei und ein Beweis für die künstlerische Entwicklung der Buchdruckerei.

Die Ausstellung ist ein Beweis für die Fortschritte der Buchdruckerei und ein Beweis für die künstlerische Entwicklung der Buchdruckerei. Die Ausstellung ist ein Beweis für die Fortschritte der Buchdruckerei und ein Beweis für die künstlerische Entwicklung der Buchdruckerei. Die Ausstellung ist ein Beweis für die Fortschritte der Buchdruckerei und ein Beweis für die künstlerische Entwicklung der Buchdruckerei.

das konnte vom Bürgertum schon erst recht nicht erwartet werden. Die gelehrte Bildung bis in ihre allerersten Anfängen, ihre Voraussetzungen, führt, in das Lesen und Schreiben, war Vorrecht des geistlichen Standes. Die Klosterbibliothek, der der Unterricht des Volkes oblag, hütete sich wohl, dieses ihr vornehmste Recht nicht preiszugeben. Selbst die Universitäten sind im Mittelalter geistliche Institutionen gewesen, auf denen in der Kirchenlehre, lateinisch, heileide nicht in den Volkssprachen, gelehrt wurde. Bücher wurden in den Klöstern abgeschrieben: jahrelang sind oft die Hände über der Anfertigung eines einzigen Buches gezeichnet, das, kaum voll angefertigt, wie ein Schatz gehütet wurde. Das handschriftliche Buch ist mehr ein heiliges, künstlerisches Ausdruckszeichen als je eines Inhalts wegen geschätzt worden, und für den Leser und Hörer, die ein oder zwei Dutzend davon besaßen, könnten sich unermesslich reich. Und man wird durch die beweglichen Letztere mit einem Male die Möglichkeit der Verteilung und der Verbreitung des Buches im Volke gesehen. Das gedruckte Buch hat der geistlichen Bevormundung des Volkes den Garaus gemacht, hat die weltliche Wissenschaft ermöglicht.

Die Buchdruckerei hat auch der bildenden Kunst neue Wege eröffnet: Holzschnitt und Kupferstich stellen sich als wertvollste Illustrationsmittel der Schöpfung zur Verfügung. Das Buch der Schrift ist ein Buch, die Form der Typen, eine Kunst, die, das verlornte man freilich seit Mitte des 19. Jahrhunderts, mit man magte erst auf die englischen Vorbilder des William Morris zurückgreifen, um die Qualität der graphischen Arbeit wieder zu erhöhen. Das geschah vor einem Jahrzehnt. Seither hat sich das deutsche graphische Gewerbe wieder zur Selbstständigkeit entwickelt und konnte schon zur Pariser Weltausstellung 1900 mit einer Leistung wie kein Land der Welt, der man für diese Leistungen dankbar sein kann.

Die Führung durch die Ausstellung, die sich an die Eröffnungsgesellschaft schloß, ermöglichte einen Überblick über das gesamte graphische Material, das fünf Räume füllte und trotzdem nur eine ganz kurze Auswahl des unerschöpflichen Angebots darstellte. Der Magdeburger Jansen und Franke mit seinen Unternehmern, Wohlgeil mit Illustrationen, Böhm — ein 10 Prozent aller kunstgewerblichen Werke werden dort gefertigt — und Baerich mit seinen Nebenbarn, namentlich Land- und Seemann, vertreten. Es gibt auch einzelne Proben von Holzschnitt. Die habsburgische Buchdruckerei hat höchstinteressantes historisches Material beigelegt, darunter eine Handschrift von 1484 — je beinahe seit 1484, ein Beweis, wie früh die Buchdruckerei in unserm Vaterland Boden gefaßt hat. In den anliegenden Räumen sind Druckproben aus den verschiedensten Ländern zu sehen und

Illustrationsbeispiele. Die musterhaften Webereien nach klassischer Kunstwerken, die die Reichsdruckerei angefertigt, schmücken die Räume und ganz zuletzt wurde, die der Reichsdruckerei und das Staatliche Bauhaus in Weimar haben ausgeben lassen. Auch die Bestände der lehrreichen Abteilung des Museums, die die verschiedenen Illustrationsverfahren in historischer Reihenfolge erläutert, stellen sich, bedeutend erweitert und verbessert, dieser graphischen Ausstellung zur Verfügung.

Hier ist vornehmlich die Arbeit geleistet worden, gemeinsam mit der Museumsleitung, die große Bestellungen in ihrer Gemäldegalerie borgenommen hat, um Raum zu gewinnen und für eine durchaus würdige Ausstellung Sorge getragen. Das Eingehen auf die Einzelheiten haben wir uns für später auf.

Rundschuß. Ein kleines Bild des großen italienischen Meisters Guido Reni, „Das Begräbnis Christi“, ist aus dem neuen Museum zu Sacramento in Kalifornien gestohlen worden. Der Dieb ist mit einem großen Unfortwachen wie Schlangen herangezogen. Er nahm in einem unbemerkten Augenblick des Bild, das nur 9 Zoll zu 10 Zoll groß ist, von der Wand, schnitt es aus dem Rahmen, hängte den Rahmen wieder hin und verstaubte mit dem Bilde, dessen Wert auf 100 000 Pfund Sterling geschätzt wird. Es soll eine Skizze für ein größeres Werk des Meisters darstellen. —

Spanische Sympathie für Deutschland. Der unter dem Ehrenvorsitz des Königs von Spanien stehende Nationale Ausschuss für die Errichtung eines Cervantes-Denkmals in Lobojo hat den Reichspräsidenten zum Ehrenmitglied des Ausschusses ernannt. In einem diese Ehrenmitgliedschaften ist zum Ausdruck gebracht, daß bei der Errichtung dieses Denkmals für den Dichter des „Don Quixote“, das edle Deutschland, die Wiege so erleuchteter Geister, der Weltkultur so großer Kultur, das Land, um man das unsterbliche Werk des Cervantes mit so viel Liebe pflegen, nicht vergessen sein solle. Der Reichspräsident hat die Ehrenmitgliedschaft mit herzlichem Dank für die dem deutschen Volke dadurch bezeugte freundschaftliche Gesinnung gern angenommen. —

Was gilt. In der Berliner „Urania“ werden die Filme: „Das Licht“ (Die Geschichte der Lampe), „Ein Tag beim Luftschiffbau“, sowie „Trüben“, „Aus der Welt der Reptilien“, „Alte Tiere“, und „Naturgeschichte der Rasse“ vorgeführt. In Magdeburg nachmachen! — Auf dem Hügelgelände in Marsden wird für die John-Oigenbed-Film-A. eine megalomane Stadt eine Woche, ein Gartenbau- und andere für den großen Orientfilm: „Im Schatten der Pyramiden“ gebaut. Ob das den Aufwand lohnt? —

# Steuerkraft der Landwirtschaft.

Nach dem Muster des Landbundes usw. und der bayerischen Landwirtschaftskammer hat auch die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen die neuen Steuern als „erhebungsunmöglich“ bezeichnet:

Sie erschöpfen nicht nur restlos den Betriebsmittelfonds, sondern sie machen auch Eingriffe in die Vermögenssubstantz innerhalb einer so kurzen Zeit nötig, daß die rechtzeitige Erfüllung der steuerlichen Verbindlichkeiten unmöglich gemacht wird. Die Folgen dieser einschneidenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft sind vorzuziehen: Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Unmöglichkeit der Beschaffung ausreichender Mengen künstlicher Düngemittel. Übermäßige Preissteigerungen auf allen Gebieten, neue Gehalts- und Lohnforderungen und weitere Verschärfungen des Zahlungsmittelverkehrs sind unbedingt bevorzugen.

Alles, was die provinzialfiskalische Landwirtschaftskammer in obigem Ausschnitt sagt, ist durchaus unzulässig und irreführend. Durch die neuen Steuern wird die Vermögenssubstantz nicht angegriffen, sondern die Landwirtschaft nur zu Verkäufen ihrer Erzeugnisse gezwungen, dadurch die Ernährung verbessert und dem Reich ermöglicht, einen Teil der unkaufenden Zahlungsmittel wieder einzuziehen.

Die von den Landwirten zu tragenden Steuern entsprechen durchaus denen, die von anderen Schichten zu tragen sind. Die Landwirte tragen nicht nur keine Sondersteuer, sondern ihre an sich geringen Steuern sind bis heute stets mit der Marktentwertung gekunden, während ihre Einnahmen ununterbrochen und stark gestiegen sind. Es ist kein Zweifel, daß sich die Landwirtschaft zumal bei der heutigen Ernte in den glänzendsten Verhältnissen befindet, die Preise des Krummdüngers mit der Preissteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im allgemeinen Schritt gehalten haben und zumal die Grundeigentümer alle Hypotheken und sonstige Schuldverpflichtungen (im Reich etwa 18 Milliarden Goldmark) losgeworden sind. Dazu hat die Landwirtschaft den großen Vorzug, sie hat sich stets im und außer dem Kriege richtig jatt essen können, während sich breite Schichten aufs ärmlichste einrichten und viele hungern mußten und es noch heute müssen!

Ein 100 Morgen großer Hof von mittlerem Boden in der Provinz Sachsen muß am 1. September an Steuern abführen:

- 1. an Umsatzsteuer (s. 15. 8. werbeständig) etwa 5 000 000 M.
- 2. an Einkommensteuer (Voranzahl für 1923) 21 200 000 M. (Ein an sich recht angesehen, nicht gerade hoch bezahlter Beamter — z. B. Bureauinspektor der Landwirtschaftskammer — in Besoldungsgr. VIII muß etwa 10 Mill. M. Einkommensteuer allein für September bezahlen!)
- 3. an außerordentlicher Abgabe wegen Ruhrbekämpfung 42 400 000 M.
- 4. an Betriebssteuer (6 Monate monatlich zahlbar) unter der Annahme eines mittleren Bodenwertes (1000 M. Wehrbeitragswert für einen Morgen also: 100 000 : 2000 x 1,50 = 75,00 Goldmark x 872 000 =) 65 400 000 M.
- 5. nach dem Brotverforgungsgesetz 1 440 000 M.

mithin im ganzen 135 400 000 M. oder wie es heute üblich ist, umgerechnet in Roggenwert (31. 8.) = 9 Btr. Roggen

Es sind mithin am 1. September zahlbar für den Morgen 9 Pfund Roggen, wobei freilich die kleineren Betriebe wegen der höheren Einschätzung der Gebäude usw. als stärker belastet anzusehen sind. Jeder sieht ein, daß diese Steuer aufgebracht werden kann.

Die Eigentümer brauchen also zum 1. September nichts von der Substanz ihres Vermögens zu verkaufen, weder Haus, noch Acker, noch Wiese, noch Zug-, Zucht- oder Milchvieh, noch Pflug, noch Maschinen, noch technische Kronen, noch Industrieanlagen, noch das Klavier für das Entelkind, was noch erst geboren werden soll.

Was nun die Steuern fürs ganze Jahr angeht, so werden sie nach vorstehender Rechnung etwa 1/3 Zentner Roggen für den Morgen mittleren Bodens der Provinz Sachsen betragen. Das müssen die Landwirte, die Eigentümer sind und früher etwa das Vierfache an Hypothekenzinsen zu bezahlen hätten, leisten können; denn die Pächter müssen ja, soweit sie keinen Anspruch auf Pachtzins haben und ihre Rechte nicht durch ihre Pächterorganisationen vertreten, jährlich zwei bis drei und oft sogar noch mehr Zentner Getreide für den Morgen an den Verpächter als Pacht zahlen und dann noch obendrein Einkommen-, Umsatz- usw. und noch die halbe Betriebssteuer entrichten.

Es ist indessen durchaus möglich, daß die Pächter, die ausschließlich oder ganz überwiegend Pachtland bewirtschaften und eine hohe Pacht zahlen und ungerechtfertigterweise den Verpächtern noch die halbe Betriebssteuer abnehmen müssen, gegen Ende des Jahres in Schwierigkeiten kommen. Die hierfür in Betracht kommende Fläche des Pachtlandes ist aber nur etwa 7 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche im Deutschen Reich (allerhöchstens 10 Prozent in der Provinz Sachsen) zu schätzen. Die Schuld an dieser zweifellos für einen Teil der Pächter bestehenden Gefahr tragen aber nicht die neuen Steuern, sondern die maßlosen Pachtforderungen der Verpächter.

Es ist nicht anzunehmen, daß dieser einfache Sachverhalt der provinzialfiskalischen Landwirtschaftskammer verborgen sein sollte; sondern es zeigt sich hier wieder der bedauerliche Zustand, daß in den landwirtschaftlichen Organisationen diejenigen Großgrundbesitzer den Ausschlag geben, die aus der Pacht, der mühseligen landwirtschaftlichen Arbeit anderer, mühseligen Gewinn ziehen, den Wert des Pachtlandes gar nicht hoch genug veranschlagen können, sofort aber Feuer und Wasser schreien, wenn sie eine Steuer zahlen sollen, die von ihnen selbst ohne Not gezahlt werden kann und mit ihrer eignen Schuld nur einen Teil der Pächter schwer trifft.

Auch bei den jetzigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium haben Landbund und deutsche (christliche) Bauernvereine mit den Verpächterlandbünden vertreten.

Der mit dem Mantel der Wissenschaftlichkeit verhüllte landwirtschaftliche Steuer- und Bodenzauer muß aufhören. Er darf nur einen Bodenwert für Steuer, Pacht und

Stellung geben. Das ist die Grundlage für ein gerechtes landwirtschaftliches Steuerwesen und für ein der Allgemeinheit nützlich Ernährung-, Pacht- und Siedlungswesen. Die Klagen aus der Landwirtschaft über die zahlreichen Steuerbestimmungen haben ihre Berechtigung. Am besten wäre eine einzige Steuer auf den reinen Bodenwert, die dem fleißigen Landwirt nicht mehr als dem untüchtigen auferlegt, den untüchtigen möglichst zur Abgabe seines Landes zwingt und nicht dem Kleinlandwirt schwerere Lasten als dem großen aufbürdet, wie es z. B. auch bei dem jetzigen Betriebssteuergesetz der Fall ist.

Die Reichs- und Staatsbehörden sollten die Landwirtschaftskammer, die solche Lataren-, Landbund- und christliche Bauernvereine-Nachrichten in die Welt setzt, dadurch die Marktentwertung befördert und den Staat gefährdet, zur Verantwortung ziehen; aber auch die ehrlich schaffenden Landwirte sollten einmal in diese Kammern hineinleuchten, aus denen in dieser Weise Zwietschacht ins Volk getragen und der landwirtschaftliche Beruf heruntergerissen wird.

Gewiß, die neuen Steuern sind ungewohnt hoch — die Landwirtschaft kann sie aber und muß sie leisten, wie das von jedem Stand unerbittlich gefordert wird. Trägt die Landwirtschaft die Steuern ohne Murren, so wird sie der Beruhigung im Innern und damit dem deutschen Ansehen nach außen dienen und so einer späteren Regelung unster Währung im eigenen Interesse der Landwirtschaft und im Interesse des deutschen Volkes Vorarbeit leisten.

Regierungslandmesser Meindl, Merseburg.

**Dollar** letzter Kurs in Newyork **55 000 000** Mt.  
 33 333 000  
 Montag mittag zirka **55 000 000** Mt.

## Anfichtbare Substanzvermehrung.

Daß die Bilanzen der industriellen Unternehmungen mehr dazu dienen, den tatsächlichen Vermögensstand zu verschleiern als ihn offenzulegen, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Die Undurchsichtigkeit der Bilanzen wird aber von weiten Kreisen der Industrie dazu ausgenutzt, um unter Hinweis auf die angebliche Verminderung der Vermögenssubstantz gegen alle Eingriffe des Steuerfiskus in das Kapital zu protestieren.

Es ist daher von Wert, aus den Geschäftsberichten und Äußerungen von Interessenten auf den Generalversammlungen festzustellen, daß in vielen Unternehmungen tatsächlich der Vermögensstand gestiegen ist. So hat die Stock Motorpflug A.-G. in Berlin in ihrer glänzenden Bilanz des letzten Geschäftsjahrs Betriebsanlagen und Grundstücke, die im vorigen Jahre mit 8,5 Millionen Mark zu Buche standen, auf eine Mark abgeschrieben. Tatsächlich ist jedoch, wie ohne weiteres behauptet werden kann, der Wert dieser Betriebsanlagen und Grundstücke auf ein Vielfaches des Standes vom Vorjahr gestiegen.

Es kommt aber hinzu, daß in dem letzten Geschäftsjahr der Bestand an Produktionsmitteln und Grundstücken, also reinen Goldwerten, sich noch wesentlich vermehrt hat. Es heißt nämlich in dem Geschäftsbericht: „Der Ausbau des Werkes wurde weiter gefördert, die Fabrikationsanlagen für den Motorabbau in Niederjöhnenweide wurden fertiggestellt und die Verlegung dieses Betriebs nach dort im neuen Jahre vollzogen. Die elektrische Zentrale des Werkes Köpenicker Straße, die dem gesteigerten Kraftbedarf des Betriebs nicht mehr genügte, wurde durch Aufstellung einer Umformanlage an das städtische Stromnetz angeschlossen, wodurch gleichzeitig eine rationellere Gestaltung des Betriebs erreicht worden ist. Zum Ausbau der Verkaufsorganisation wurden in Halle, Frankfurt a. d. O. und Magdeburg neue Filialen errichtet. Für die Filiale in Halle wurde ein Grundstück mit Gebäude, in dem gleichzeitig eine Reparaturwerkstätte eingerichtet worden ist.“

Aus diesen Bemerkungen geht eindeutig hervor, daß eine wesentliche Vermehrung des im Betrieb angelegten Kapitals zu verzeichnen ist. Was bedeutet gegenüber dieser Tatsache der Umstand, daß man die Dividende lediglich auf 500 Prozent oder 5000 Mark pro Aktie bemißt, einen Betrag, mit dem man heute nicht einmal einen Brief frankieren kann? Die Aktionäre rechnen eben auf die Gewinne, die in Zukunft ausgeschüttet werden und reißen sich um die Aktien, die jetzt einen scheinbar so geringen Ertrag bringen. In Wirklichkeit ist aber die Aktie dieses Unternehmens wesentlich ertragreicher. So wird jetzt eine Kapitalerhöhung durchgeführt, bei der die Aktionäre lediglich 3 Goldmark für eine neue Aktie zu zahlen haben, also eine Kapitalverwässerung, die den Aktionären ganz gewaltige Bezugsrechtsgewinne bringt.

Eine ähnliche Substanzvermehrung wird bei F. W. Busch A.-G. in Lützenheid verzeichnet. Auch diese hat ihre Grundstücke, Gebäude und Maschinen, die schon vorher niedrig angesetzt waren, bis auf eine Mark abgeschrieben, gleichzeitig aber einen größeren Fabrik-erweiterungsbaubis auf die innere Einrichtung fertiggestellt und die Aufwendungen dafür über Unkostenkonto verbucht. Auch hier eine Substanzvermehrung, von der in der Bilanz nichts zu finden ist.

Durch diese Art der Bilanzierung haben sich die Unternehmungen gewaltige stille Reserven geschaffen, die sie in-stand setzen, mindestens mit der gleichen Vermögensgegenständen Steuern zu zahlen, mit der sie neue Anteile auf die vermehrte Vermögenssubstantz den Aktionären weit unter ihrem Werte zur Verfügung stellen.

## Meldungen von der Ruhr.

Kampf gegen die Postbeamten. Die aus dem besetzten und Einbruchgebiet nachträglich bekannt wird, nehmen die Franzosen in Kreuznach und in Düsseldorf eine große Anzahl von Postbeamten jeder Art weg. Auch in anderen Orten sowie in Eisenbahnanlagen und auf Eisenbahnen wurden Postbeamten festgenommen.

Daneben führt die Besatzungsbehörde einen erbitterten Kampf gegen die Postbeamten selbst. Angehörige der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sind von den Besatzungs- und Eintruppen bis Ende August verhaftet worden. 451 Willen, 118 gebieten in 472 Fällen, aus ihren Wohnungen verdrängt ausgewiesen zu sein in 88 Fällen, in 29 Fällen, gesprochen in 30 Fällen, verurteilt in 223 Fällen zu zusammen 86 Jahren 10 Monaten 12 Tagen Gefängnis sowie zu 846 681 000 Mark und 2150 Frank Geldstrafe.

### Neues Todesurteil.

Das französische Kriegsgericht in Düsseldorf hat am 10. Augustabend den deutschen Studenten Raab nach fünfmonatiger Verhandlung zum Tode verurteilt. Die Verteidigung hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Raab, ein Mitglied einer jungdeutschen Organisation, ist als Opfer der belgischen Geher Mauthenbrücker und Genossen zu betrachten. Er ist geständig, am 4. August ein Gardegranatenattentat verübt zu haben, durch das zwei französische Soldaten und drei deutsche Zivilisten verletzt wurden.

### Der tägliche Gelbtraub.

In Dortmund wurden am Sonnabend weitere 42 Milliarden Erwerbslosengelber weggenommen.

In Bochum un nahmen die Besatzungsstruppen einen Transport von 25 Milliarden Notgeld weg.

In Duisburg haben belgische Kriminalbeamte am Freitag 15 Milliarden Erwerbslosengelber weggenommen.

### Durch den Kopf geschossen.

Nach einer Sabotage aus Aachen hat bei einem Streite zwischen einem belgischen Eisenbahner und einem französisch-belgischen Regie und einem deutschen Polizeibeamten der Eisenbahner einen Schuß auf den Polizeibeamten abgefeuert, der diesem durch den Kopf ging. Der Polizeibeamte ist jedoch nicht gestorben.

### Langfristige Zeitungsverbote.

Die „Vottrapper-Wolzzeitung“ und die „Rheinisch-Westfälische Tageszeitung“ wurden von der Besatzungsbehörde bis zum 30. November verboten.

## Griechenland unterwirft sich.

Der Völkerring hat sich von einer Entscheidung im griechisch-italienischen Konflikt gedrückt und die Vorkonferenz vorgeschoben, die ihrerseits an Griechenland Forderungen stellte, die im wesentlichen dem italienischen Ultimatum entsprechen.

Griechenland ist nichts übriggeblieben, als sich dem Druck der Großmächte zu fügen. Es hat sich bereit erklärt, die Forderungen der Vorkonferenz zu erfüllen. Auch der italienische Ministerpräsident hat mitteilen lassen, daß er der Entscheidung sich fügt, er will Korfu aber erst räumen, wenn Griechenland alle Forderungen in vollem Umfang erfüllt haben wird.

Nach einer Meldung aus Rom hat Griechenland an Albanien Forderungen gestellt, weil es der Ueberzeugung ist, daß Mitglieder einer albanischen Organisation die Mörder der italienischen Offiziere sind.

## Notizen.

Ballistener als Spion. Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte am Sonnabend den Schlosser Lehmann wegen Landesverrats und Spionage zu drei Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Die Verhandlung wurde dadurch besonders interessant, daß Lehmann ehemaliger Ballistener ist und sein Komplotz und Helfershelfer ein gewisser Leutnant Janßen, als Leutnant und Kompanieführer bei den Ballistentruppen stand. Lehmann meldete sich 1919 als Freiwilliger zu den Ballistentruppen. Sein Kompanieführer wurde Leutnant Janßen, mit dem er bald vertraut wurde. Als das Ballistenerunternehmen zu Ende ging, betätigte sich Janßen, der ehemalige Leutnant und Kompanieführer, als Spion der französischen Besatzungsarmee und beauftragte seinen ehemaligen Untergebenen, Material über die deutsche Reichswehr herbeizuschaffen. Lehmann tat das, gab seine Stellung auf und machte weite Reisen, unter anderem auch nach Württemberg. Die Verhaftung wurde durch einen Oberjäger der Reichswehr veranlaßt, an den Lehmann herantreteten war, um Dokumente über Vorgänge in der Reichswehr zu erhalten.

Englands größtes Arbeiterblatt bleibt erhalten. Der englische Gewerkschafts-Kongress in Plymouth hat beschlossen, den „Daily Herald“, das einzige in England täglich erscheinende Arbeiterblatt, das sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, weitere drei Monate fortzuführen. Inzwischen werden und müssen die englischen Arbeiter Mittel und Wege gefunden haben, ihre Zeitung unbeschädigt durch die Not der Zeit zu bringen.

Ein Landfriedensbruchprozess. Im Frühjahr d. J. hatte das Reichsarbeitsministerium nach schweren Kämpfen im Baugewerbe einen Schiedsspruch in Chemnitz gefällt, nach dem die Arbeitgeber des Baugewerbes nicht mehr berechtigt waren, mit dem unterkommunistischer Leitung stehenden Verband der Bauarbeiter einen Sonderarbeitsvertrag abzuschließen. Dieser Verband erklärte dann im Gegensatz zu den andern den Schiedsspruch nicht an, worauf die Unternehmer ansprachen. Es kam am 14. Mai zu Demonstrationen und Ausschreitungen. Einzelne Unternehmer sowie der Syndikus des Unternehmerverbandes wurden aus ihren Wohnungen geholt, mißhandelt und zum Mitmarschieren in Zug und zum Tragen von Plakaten gezwungen. Diese Vorgänge fanden jetzt ein Nachspiel vor dem Chemnitzer Schwurgericht. Angeklagt waren die Maurer Franke, Rauf und der Bauhilfsarbeiter Dehne wegen Landfriedensbruchs und schweren Hausfriedensbruchs. Nach blutiger Verhandlung wurden Franke zu zwei Jahren, Rauf und Dehne zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

## Depeschen.

### Die Opfer des Erdbebens.

25. Paris, 10. September. Nach Blättermeldungen aus London wird aus Tokio gemeldet, daß nach den letzten amtlichen Berechnungen in Yokohama 23 000 Personen getötet und 40 000 verletzt worden sind. 71 Prozent der Gebäude Tokios sind zerstört.

In der Gegend von Satones wurden 10 000 Personen getötet. Wäktara zufolge wird aus Nagasaki amtlich gemeldet, daß bisher insgesamt 1 350 000 Tote festgestellt worden sind. Die Zahl der zerstörten Häuser beläuft sich auf 316 000.

### Im Nebel gefeiert.

25. Paris, 10. September. Nach einer Sabotagemeldung aus San Francisco scheiterten amerikanische Torpedobootszerstörer in der Nähe von Santa Barbara infolge dichten Nebels. Zwei- und zwanzig Mann der Besatzung wurden beraubt. Dreizehn Mann wurden ins Hospital geschafft.

### Die wieder aufgetauchte Insel.

25. Paris, 10. September. Nach einer „Matin“-Meldung aus London wird aus Tokio berichtet, daß die vulkanische Insel Dschima, die während des Erdbebens im Meere verschwunden sei, wieder aufgetaucht ist. Sie hat jetzt einen neuen Kullar, der in letzter Zeit getrocknet ist.

